

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dresdener Nachrichten Dresden
Verleger-Commissionsnummer 85841
Kun. u. K. Nr. 10011
Schreibleitung u. Druckerei: Dresdener Nachrichten
Dresden - N. 1, Marktplatz 24/25

Wochenpreis bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.00 Mk. (einschließlich 10 Pfg. für Krüge-
lehn), durch Verlangung 3.00 Mk. einschließlich 10 Pfg. Vorkauf für den Wochenpreis. Die
Wochenpreise sind für den Reichsbereich. Einzelnummern 10 Pfg., außerhalb Reichs 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die
einseitige 20 mm breite Zeile 20 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 30 mm breite Zeile 30 Pfg. für
außerhalb 60 Pfg. abg. Kleinanzeigen 10 Pfg., für auswärts 20 Pfg. und 30 Pfg. für auswärts
15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offenerträge 20 Pfg. Auswärtige Zusätze gegen Voranmeldung.

Druck u. Verlag: Neudruck & Reichardt,
Dresden, Postfach-Nr. 1068 Dresden
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung
(Dresdn. Nachr.) zulässig. Unserlanges
Schulbuchverlag nicht aufbewahrt

Freiherr v. Gahl: Der Ausbau des Staates

Programmrede über Verfassungsreform

Berlin, 29. Oktober. Der Verein Berliner Presse gab heute abend in den Räumen des Zoo das traditionelle Jahresbankett zu Ehren der Reichsregierung. Es waren u. a. erschienen Reichskanzler von Papen, die Reichsminister Freiherr von Braun, Freih. v. Gahl, Dr. Görtner, Freih. von Neurath und Schäffer. Der Vorsitzende des Vereines, Vertreter deutscher Länder und weitere zahlreiche Vertreter der Politik, der hohen Beamtenwelt, der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Kunst. Der Vorsitzende des Vereines Berliner Presse, Geheimrat Dr. Klein, schloß seine Begrüßungsansprache mit einer eindringlichen Erinnerung des Reichspräsidenten von Hindenburg als des Oberhauptes des Deutschen Reiches. Dann nahm

Reichsinnenminister Freiherr v. Gahl

das Wort zu der angekündigten Rede über die Reichs- und Verfassungsreform, in der er einleitend betonte, daß das bisherige Schicksal der Reichsregierung nicht Geheimnis träumerei gewesen sei, sondern gute Gründe habe. Die Fragen der Gesamtreform, sagte der Minister, sind so schicksalsschwer und so schwierig, daß sie reifliche und eingehende Überlegung bis in alle Einzelheiten hinein bedürfen. Sie betreffen bedeutend das Verhältnis zwischen Reich und Ländern auf zahlreichen Gebieten des öffentlichen Lebens, so daß hier

eine frühzeitige sorgfältige Abstimmung zwischen Reich und Ländern

erfolgen muß. Daß die Zustände in Deutschland reformbedürftig sind, wird so allgemein zugegeben, daß ich hierüber keine Worte zu verschwenden brauche. Wir haben uns entschlossen, keine der vorliegenden Lösungen fertig aus der Schublade zu nehmen. Wir wollen einen eigenen Weg gehen. Möglicherweise wäre es ausländische Vorbilder auf deutsche Verhältnisse zu übertragen.

Wir vergleichen bewusst darauf, etwas völlig Neues anstelle der gegenwärtigen Einrichtungen zu setzen und beschränken uns vernunftgemäß auf den Erfolg mangelhafter Einrichtungen durch bessere, wie sie die Erfahrungen der letzten dreizehn Jahre lehren.

Wir, nicht Neuanbau, sondern Ausbau des Staates mit dem Ziel, ihn in den Stand zu versetzen, der Not der Zeit besser Herr zu werden.

als es ihm bisher verdammt war. Wenn die Ideen der heranziehenden neuen Zeit eine sichtbare Rolle gewonnen haben werden, dann erst wird der Zeitpunkt für Neuanbau kommen, zu deren Verwirklichung unsere Gegenwart noch nicht reifen ist. Aus dieser Erkenntnis und Selbstbeschränkung folgt, daß wir das Vorhandene ausbauen wollen und daß grundlegende Neuerungen unterbleiben werden. Das gilt unter anderen Punkten besonders für die Staatsform. Ich erinnere an die Worte des Herrn Reichskanzlers am letzten Sonntag und an meine eigene Äußerung im Reichsrat, in der ich mich grundsätzlich als Anhänger der monarchischen Idee bekannte, in der ich aber mit Ernst und Nachdruck ablehnte, eine Änderung der Staatsform auch nur zu erwägen!

Das gilt auch von dem Gedanken des Einheitsstaates.

Es steht heute schon fest, daß kein deutsches Land gegen seinen Willen seiner Eigenstaatlichkeit beraubt und einem größeren Reichsgliede zugeteilt werden soll. Es steht ferner fest, daß eine Neuerteilung des Reiches in neue Länder oder Reichsprovinzen nicht in Frage kommt.

Auch die Vereinigung der zahlreichen Enklaven auf der Landkarte Deutschlands ist keine vordringliche Angelegenheit. Wir halten fest an dem bundesstaatlichen Charakter des Reiches und an der Achtung vor seiner Gliederung und suchen aus der Eigenstaatlichkeit der Länder und den ihnen innewohnenden Kräften, die im Deimat haben wurzeln, das Beste für das Gesamtreich zu entwickeln.

Es ist aber eine durch die Erfahrungen langer Jahre erhartete Tatsache,

daß die bisherige Regelung des Verhältnisses zwischen Reich und Preußen bringend der Neuordnung bedarf.

Der Zustand, den wir in der Gegenwart erleben, spricht deutlicher als lange staatsrechtliche und politische Ausführungen von der Notwendigkeit der Neuordnung des Verhältnisses Reich-Preußen im Sinne einer organischen Verbindung an. Entsprechend dem bundesstaatlichen Charakter des Gesamtreiches soll die Eigenstaatlichkeit Preußens nicht weiter angetastet werden, als das Reichsinteresse erfordert, das ein möglichst reibungsloses Zusammenarbeiten verlangt.

Ich darf in diesem Zusammenhang ein Wort einfließen lassen über

die heutige Lage.

Das Reich hat, wie der Staatsgerichtshof soeben in seinem Urteil vom 25. Oktober anerkannt hat, auf einwandfreier Rechtsgrundlage nach pflichtgemäßem Ermeßen die Regierung Preußens vorübergehend in die Hand eines Reichskommissars gelegt. Aus der Konstitution der Weimarer Verfassung hat nun der Staatsgerichtshof juristisch die Folgerung gezogen, daß die eigene Willensbildung des preussischen Staats gegenüber dem Reich und den eigenen parlamentarischen Körperschaften in der Hand der von den übrigen Staatsgewalten entbundenen bisherigen Regierung verbleiben muß. Der Versuch, die Dinge vom praktischen Standpunkt des Reichskommissars einerseits und der bisherigen preussischen Regierung andererseits, zu durchdenken, der kommt zu der zwingenden Erkenntnis,

daß die verfehlte Lösung sehr schwer durchführbar ist, und daß sie den Reim zu neuen unrichtigen Auseinandersetzungen in sich trägt.

Das Urteil weist aber selbst darauf hin, daß der Herr Reichspräsident unter bestimmten Voraussetzungen die Notwendigkeit treffen kann, die zur Erzielung einer einseitigen Lösung im Reich und in Preußen notwendig erscheinenden Unterbrechungen der Reichsregierung die doppelte Pflicht, sowohl den in Preußen befristeten Weg folgerichtig und ohne Schwanken weiterzugehen, als auch alle Kraft daran zu setzen, die Reichs- und Verfassungsreform rasch zu einer gedeihlichen Lösung zu führen.

In diesen programmatischen Sätzen ist bereits die Vereinfachung der gesamten Reichsverwaltung grundsätzlich mitenthalten. Die Vorarbeiten für die Aufhebung einheitlich werdender Reichsbehörden sind abgeschlossen. In Kürze werden die Änderungen bekanntgegeben werden können. Sie beziehen sich zunächst auf einen Abbau einschlägiger Behörden der Finanz- und Sachverwaltung. Die Vereinfachung der Sozialbehörden ist in Arbeit. Die Verringerung des Umfangs der Reichsmarktkontrollen und der Abbau ihres Aufgabentranges sind eingeleitet.

Zu der eigentlichen Verfassungsreform

sagte der Minister: Der Wille der Reichsregierung zu einer Reform hat verschiedene Vermutungen und Befürchtungen ausgehört, die durchaus gegenstandslos sind. Der schwerste Vorwurf gegen die Absichten der Reichsregierung war die Behauptung, daß die Regierung sich eine Verfassung auf den Weg schreiben wolle, die ihr ein ewiges Fortbestehen gewährleisten und einer haushälterischen Herrschaft die Macht in die Hand spielen wolle, unter Verdrängung der Rechte des Volkes, insbesondere der deutschen Arbeiter. Solche Behauptungen sind nur erklärbar aus der allgemeinen Nervosität, mit der in dieser Notzeit auf wahre und unwahre Gerüchte von allen Volksschichten reagiert wird, und aus den tiefbefangenen politischen Verhältnissen in unserem Volk. Wir haben die Regierung übernommen, berufen aus dem Vertrauen des Herrn Reichspräsidenten, und lediglich getrieben von dem einen Willen, unsere Verantwortung vor unserem Volke zu erfüllen, indem wir dem Gesamtvolk dienen, und zwar allen seinen Teilen. Wir würden unsere Pflicht gründlich versehen, wenn wir die Verfassungsreform unter dem Gesichtswinkel einzellicher Parteien oder Standesinteressen oder Berufs- und Wirtschaftszweigen führen wollten. Mit

(Fortsetzung siehe Seite 2)

Der Kampf ums Kapitol

Wenn es wirklich ein Trost ist, im Unglück Leidensgefährten zu haben, dann können wir Deutsche uns in diesem erbitterten Kampf aller Wahlkämpfe mit den Amerikanern trösten, die zwei Tage nach uns ihren Präsidenten zu wählen haben. In mancher Beziehung gilt allerdings für sie auch bei dieser Gelegenheit das Wort: Amerika, du hast es besser! Nicht nur weil die Bürger der USA zum erstenmal in diesem Jahre wählen, sondern weil sie durch ihre Verfassung überhaupt davor geschützt sind, in kurzen Abständen zu den Urnen gerufen zu werden. Es gibt dort keine Parlamentsauflösung, denn die Lebensdauer des Kongresses ist ebenso unveränderlich auf zwei Jahre festgesetzt, wie die alle zwei Jahre erfolgende Erneuerung des Oberhauses mit einem Drittel der Senatoren. Es gibt kein Misstrauensvotum, das innerhalb dieses Zeitraumes die Präsidentschaftsregierung stürzen könnte. Die Väter der amerikanischen Verfassung haben das System der westeuropäischen Demokratien bewußt abgelehnt und an deren Stelle eine auf längere Zeit beschränkte, aber sichere Parteiherrschaft gesetzt.

Das auch diese Art der staatlichen Gewaltenteilung nicht vollkommen ist, wissen wir aus den amerikanischen Zuständen zur Genüge. Das System kann auch nur deshalb funktionieren, weil sich die Zweiteilung des amerikanischen Parteiwesens trotz aller wirtschaftlichen und sozialen Strukturänderungen gehalten hat. Für uns, die wir wieder mit 22 Wahlvorschlüssen beklagt werden, obwohl die Ausdruckslosigkeit der Splitterlisten erwiesen ist, war das immer schon ein Rätsel. Die Erklärung liegt darin, daß sich die amerikanischen Wähler nicht nach Weltanschauungen teilen, sondern alle von dem gleichen politischen Grundfah ausgehen, daß der einzelne seines eigenen Glückes Schmied ist, und daß der Staat in der allgemeinen Noth nach dem Glück ohne Bevormundung nur das Schiedsrichteramt zu übernehmen hat. Demzufolge sind auch in diesem Wahlkampf die Rollen zwischen Hoover, dem Republikaner, und Roosevelt, dem Demokraten, verteilt. Es geht zwischen ihnen nicht um scharfe Gegensätze in der Innen-, Außen- oder Wirtschaftspolitik. Hoover ist vielmehr der Exponent der Klasse aus der großen Geschäftswelt, denen das Wohl ihrer Firma über alles geht und die das Wohl des einzelnen nur insoweit berücksichtigen, als es sich mit den Geschäftsinteressen deckt. Oder, anders gesagt, der Geldmagnat, der über die Banken und die Großindustrie das Land „kontrolliert“, will sich mit Hoover der Macht erhalten. Ihm gegenüber stehen in den demokratischen Massen die vom Glück Vernachlässigten, die auch einmal herankommen möchten, die kleinen Angestellten und Geschäftsführer, die Einwanderer und die Farmer.

Bis vor kurzer Zeit schien die Wiederwahl Hoovers mit atomischer Sicherheit festzustehen. In den letzten Wochen hat sich aber nach den Berichten aus Amerika das Blatt plötzlich zu seinen Ungunsten gewendet. Die von den Zeitungen veranstalteten Probeabstimmungen und die beliebten Wetten lauten für Roosevelt immer günstiger. Wenn im letzten Augenblick nicht nochmals ein Stimmungsumschwung kommt — und solche Ueberraschungen sind im Land der unbegrenzten Möglichkeiten nie ausgeschlossen —, dann scheint nach Wilson zum erstenmal wieder ein Demokrat ins Weiße Haus einzuziehen zu sollen. Trifft das ein, dann wird Hoover, wie so mancher europäische Staatsmann vor ihm, ein Opfer der Weltkrise. Er ist gewöhnt auf seine Parole der Vereinerung der Prosperität und darauf verfaßt. Damit ist sein Schicksal abhänala von Zahlen, von den Börsenkursen und Indexziffern. Wenn die Milliarden, die er noch in die Wirtschaft hineingepumpt hat, nicht noch einen merkbaren Konjunkturaufschwung hervorgerufen, und das scheint in der Kürze der Zeit bis zum Wahltermin kaum möglich, dann wenden sich alle Enttäuschten gegen ihn, die elf Millionen Arbeitslosen, die notleidenden Landwirte, die kränklichsten Kleinunternehmer und die verzweifeltsten Angestellten.

Noch in einem anderen Punkt scheint Roosevelt überlegen zu sein, nämlich in der bei amerikanischen Wählern so wichtigen Klammernmäßigen Bearbeitung der Defektivität, vor allem im Appell an die Gefühle der Frauenwelt. In den demokratischen Zeitungen erscheinen unaufhörlich Bilder von Roosevelts Familienleben, Roosevelt beim Angeln, Segeln oder sonstwie. Seine Frau unterstützt ihn mit einer schnell herausgegebenen Kinderzeitung und schmachtet darin dem in den Vereinigten Staaten so beliebten Kult des Kindes. Roosevelts körperliches Verfallen, die Folgen einer spinalen Kinderlähmung, die den fünfjährigen trug, und die Energie, mit der er sie überwindet, werden geschickt benutzt, um Sympathien für ihn zu wecken. Sogar der Humor vorstellungen wäre es ja denkbar, daß für unsere deutschen Vorstellungen wäre es ja denkbar, daß die Parteienkomiker für ihre Sache in den Wahlkampf schickten. Aber in den Vereinigten Staaten will das Publikum auch bei dieser ersten Angelegenheit lustig unterhalten sein, so daß die großen Werbemaßnahmen der Parteien zu richtigen Karnevalsfeiern werden. Ein Streich, wie er dem Propagandachef Roosevelts gelungen ist, kann Hoover Tausende von Stimmen kosten. Von der Plaisirform seines Lebenswagens aus sprechend, bemerzte der Präsident, daß die Bau

Die Überwindung des Dualismus

Die Lage am heutigen Tage beleuchtet die Notwendigkeit einer sachgemäßen, organischen und verfassungsmäßigen Regelung des Verhältnisses Reich-Preußen mit besonderer Schärfe. Preußen soll dabei seine Eigenstaatlichkeit nicht aufgeben, aber es soll als einziges deutsches Land in ein enges Verhältnis zum Reich treten. Seine eigenstaatliche Willensbildung gegenüber dem Reich soll nicht ausgeschlossen, sondern so organisiert werden, daß Meinungsverschiedenheiten einen brauchbaren Auslassungsweg verschaffen können. Ueber die Art dieser nicht schematisch von Herrschaft zu Herrschaft zu schiedenden Verbindungen sind die Erwägungen noch nicht völlig abgeschlossen.

Das neue Verhältnis Reich-Preußen ist in den beiden Verfassungen gleichmäßig zu verankern. Die übrigen Länder sind dabei vor einer Majorisierung und totalen Benachteiligung zu schützen.

Die Entwicklung seit Weimar hat praktisch zu einer übertriebenen Zentralisation vieler Verwaltungsorgane in Berlin geführt und damit Entscheidungen an die falsche Stelle gelegt. Notwendig ist eine starke Verlagerung der Aufgaben auf Länder und Gemeinden, sowie eine Änderung des Finanzansatzes mit dem Ziel, daß Länder und Gemeinden wieder die Aufgaben selbstständig übernehmen und durchführen können, zu deren Erfüllung bisher Mittel vom Reich erhalten werden mußten und deren Gewährung durch das Reich dann eine Mitwirkung des finanziell nunmehr mitverantwortlich gewordenen Reiches erfordert. Diese Dinge lassen sich außerhalb der Verfassung ändern, sobald man nur den Willen hat, sie einmal in dem alten oder neuen und von der Reichsverwaltung alles abzunehmen, was nicht unbedingt zur obersten Leitung und zur Erfüllung der Reichsaufgaben gehört.

Dieser Wille ist vorhanden, die Verhandlungen mit den Ländern sind angebahnt.

Vertical list of numbers and symbols on the left margin, including '7. 10.', '1. 10.', '2. 10.', '3. 10.', '4. 10.', '5. 10.', '6. 10.', '7. 10.', '8. 10.', '9. 10.', '10. 10.', '11. 10.', '12. 10.', '13. 10.', '14. 10.', '15. 10.', '16. 10.', '17. 10.', '18. 10.', '19. 10.', '20. 10.', '21. 10.', '22. 10.', '23. 10.', '24. 10.', '25. 10.', '26. 10.', '27. 10.', '28. 10.', '29. 10.', '30. 10.', '31. 10.', '32. 10.', '33. 10.', '34. 10.', '35. 10.', '36. 10.', '37. 10.', '38. 10.', '39. 10.', '40. 10.', '41. 10.', '42. 10.', '43. 10.', '44. 10.', '45. 10.', '46. 10.', '47. 10.', '48. 10.', '49. 10.', '50. 10.', '51. 10.', '52. 10.', '53. 10.', '54. 10.', '55. 10.', '56. 10.', '57. 10.', '58. 10.', '59. 10.', '60. 10.', '61. 10.', '62. 10.', '63. 10.', '64. 10.', '65. 10.', '66. 10.', '67. 10.', '68. 10.', '69. 10.', '70. 10.', '71. 10.', '72. 10.', '73. 10.', '74. 10.', '75. 10.', '76. 10.', '77. 10.', '78. 10.', '79. 10.', '80. 10.', '81. 10.', '82. 10.', '83. 10.', '84. 10.', '85. 10.', '86. 10.', '87. 10.', '88. 10.', '89. 10.', '90. 10.', '91. 10.', '92. 10.', '93. 10.', '94. 10.', '95. 10.', '96. 10.', '97. 10.', '98. 10.', '99. 10.', '100. 10.'